

**Rede der Bürgermeisterin der Stadt Wülfrath - Dr. Claudia Panke –
anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018
in der Sitzung des Rates am 19. Dezember 2017
– Es gilt das gesprochene Wort –**

Stichpunkte	Inhalt
Begrü- bung	Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Wülfrath, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Damen und Herren,
Einbrin- gung des Haushal- tes	<ul style="list-style-type: none">- Eigentlich war es unser Ansinnen, den Haushaltsplanentwurf schon in der September-Sitzung des Rates einzubringen. Jedoch gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine verlässlichen Zahlen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 (GfG) sowie zur Kreisumlage. Daher haben wir uns auf die Haushaltseinbringung zur heutigen Sitzung mit dann verlässlicheren Zahlen geeinigt.- Das Werk liegt Ihnen jetzt vor, entweder in Papierform oder für die Ratsmitglieder heute auch schon in elektronischer Form. Ab morgen wird der Haushaltsplan dann auch für jedermann im Bürgerinformationssystem einsehbar sein.- Um das Wichtigste vorweg zu nehmen: Der Ihnen vorliegende Entwurf des Haushalts ist ausgeglichen. Dies ist einerseits positiv, da wir mit den Überschüssen im Sinne der Nachhaltigkeitssatzung unsere Schulden verringern wollen, andererseits ist dieser Haushaltsausgleich aber auch mit Belastungen für <u>alle</u> Bürgerinnen und Bürger verbunden. Hierauf komme ich später noch zu sprechen.- Unser aller Ziel muss es sein, die Handlungsfähigkeit der Stadt Wülfrath zu erhalten, d.h. wir müssen alle Kräfte mobilisieren, um die Schuldentilgung voran zu treiben, sprich: unsere Kassenkredite abzubauen, gerade

in Zeiten, die von niedrigen Zinsen geprägt sind, Wir müssen Verantwortung übernehmen.

- Sie wissen, dass ich dafür stehe, den Schuldenabbau zu forcieren und unser Eigenkapital zu schützen.
- Gleichzeitig stehe ich auch dafür, das Wohl Wülfrather Bürgerinnen und Bürger zu schützen und bei einer notwendigen Belastung auf die soziale Gerechtigkeit zu achten.
- Bislang haben wir keine Signale erhalten, dass die Landesregierung einen generellen Schuldenabbau bei den Gemeinden plant.
- Vielmehr werden die Kommunen vordergründig durch Landesgesetzgebungen entlastet, wie z.B. durch die Änderung des Stärkungspaktgesetzes, was durchaus sehr positiv zu bewerten ist. Diese finanzielle Erleichterung wird andererseits durch die Erhöhung der Investitionskosten für die Krankenhäuser ab 2018 aufgebraucht bzw. geschmälert.
- Uns bleibt nur eins: wir müssen uns selbst helfen, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, die zu einem guten gesellschaftlichen Zusammenleben beitragen. In den vergangenen Jahren haben wir in mehreren Haushaltssicherungskonzepten alle pflichtigen und freiwilligen Aufgaben sowie den Standard der Aufgabenerfüllung betrachtet und die Ausgaben immer weiter verringert.
- Gleichzeitig wurden uns durch Gesetzesänderungen weitere, neue Aufgaben übertragen, ohne dass hier eine vollständige Gegenfinanzierung gegeben ist.
- Hierbei denke ich z.B. an
 - das neue Unterhaltsvorschussgesetz und die damit verbundenen deutlich höheren Personal- und Sachkosten,

- die Kosten für den barrierefreien Umbau der Schulen zur Beschulung der Inklusionsschüler. Ich erinnere hier an die Auflösung der aus Kreismitteln finanzierten Förderschulen und die Verpflichtung der Städte, in den örtlichen Schulen entsprechende Plätze barrierefrei vorzuhalten. Zum nächsten Schuljahresbeginn stehen uns in den weiterführenden Schulen nicht so viele Plätze wie benötigt zur Verfügung. Selbstverständlich werden hier schon entsprechende Gespräche mit der Bezirksregierung geführt. Ich kann Ihnen aber jetzt schon versichern, dass auf uns höhere Kosten zukommen werden.
 - Thema Inklusion insgesamt: Vorhaben funktioniert nicht, da die Schulen personell nicht so entsprechend ausgestattet sind, dass das System (außerhalb von Förderschulen) funktionieren kann – es fehlen Lehrer, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeiter ... damit droht eine Verlagerung auf die Kommune, z.B. durch vermehrte Antragstellung im Jugendbereich auf Integrationshelfer
 - oder z.B. die Flüchtlingspauschale. Zu keiner Zeit lagen hier verlässliche Zahlen vor bzw. die angekündigten Zahlen wurden nicht eingehalten. Aufgrund der Ankündigungen wurden Unterkünfte gebaut und eingerichtet, die Fixkosten verursachen. Zahlungen vom Land erfolgen jedoch pauschal, d.h. jeder leere Platz kostet unser Geld.
 - Das treffendste Beispiel für eine Kostenverschiebung wäre jedoch der immer wieder in Rede stehende Rechtsanspruch der Eltern auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder. Bei der Einrichtung von Ganztagssschulen würden beinahe die gesamten Personalkosten aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Sollten diese jedoch nicht eingerichtet werden, dann würden deutlich höhere Kosten für die OGATA-Betreuung auf die Stadt zukommen.
- Zusammenfassend kann ich nur feststellen: Wir Wülfrather haben über die gesamten letzten Jahre unseren Sparwillen gezeigt und trotz der zusätzlichen Belastungen, ausgeglichene Haushalte beschlossen. Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir alle, die wir für das Wohl Wülfraths verantwortlich sind, uns die Frage stellen müssen: „Können wir tatsächlich noch weiter sparen?“

- Diese Frage kann sicherlich mit „Ja“ beantwortet werden. Die nächste Frage, die sich dann aber anschließt ist: „Um welchen Preis? Mit welchen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger?“
- Der diesjährige Weg zum Haushaltsausgleich war sehr steinig. Nach der ersten Anmeldung aus den Dezernaten und Ämtern schloss der Haushalt mit einem Minus von 3,7 Mio. Euro ab. Dieses Minus konnte nach intensiven Beratungen zwischen der Kämmerei und den Dezernaten zwar weiter verringert werden (- 0,56 Mio. Euro) ... aber ein Haushaltsausgleich oder gar ein Überschuss waren noch lange nicht in Sicht.
- Daraufhin haben wir uns im Verwaltungsvorstand weiter auf die Suche begeben. Schnell wurde klar, dass wir uns jetzt schon vieles, was notwendig wäre, gar nicht oder nicht in dem Umfang bzw. nicht in der Geschwindigkeit leisten können wie wir es uns wünschen würden.
- Eine deutliche Verringerung der Aufwendungen kann jetzt nur noch erfolgen, wenn wir beschließen würden, Einrichtungen nicht mehr zu betreiben und die dahinter stehenden Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr in dem Umfang wahrzunehmen. Für das Jahr 2018 würde dies jedoch keine bzw. nur geringe Einsparungen nach sich ziehen, insbesondere im Personalbereich wären die Auswirkungen erst mittelfristig spürbar. Es ist auch einzuräumen, dass es die Verwaltung noch Aufgaben wahrnimmt, die dem freiwilligen Bereich zuzuordnen sind. Auch hier könnten wir unseren Sparwillen weiter manifestieren und diese Aufgaben streichen. Ob es denn dann tatsächlich gewollt ist – mit allen Konsequenzen – wird sich zeigen.
Nichtsdestotrotz müssen wir auch diese beiden vorgenannten Möglichkeiten weiterhin im Auge behalten und prüfen.
- An dieser Stelle komme ich auf meine Frage zurück: „Wie können wir tatsächlich noch weiter sparen?“ Wir sprechen hier von Aufgaben und/oder Einrichtungen, die unsere Stadt liebens- und lebenswert machen, die für

das gesellschaftliche Zusammenleben stehen und die für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Vereine und Institutionen wichtig sind.

- Wir stehen vor einem Dilemma. Eigentlich müssten wir Ihnen einen unausgeglichenen Haushalt vorlegen und verschiedene Maßnahmen aufzeigen, die zum Haushaltsausgleich führen könnten. Dies würde auch dazu führen, die Diskussion und die Aufgabenkritik in den zuständigen Fachausschüssen voranzutreiben.
- Nach der Gemeindeordnung bin ich jedoch verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, um das Eigenkapital zu schützen und eine stetige und eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. In Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit denke ich hierbei nicht nur an einen Haushaltsausgleich, vielmehr muss uns allen daran gelegen sein (und da sind wir alle in der Verantwortung), den Haushalt mit einem sozial verträglichen aber deutlichen Plus abzuschließen. So können wir auch der vom Rat beschlossenen Nachhaltigkeitssatzung nachkommen und unsere Schulden tilgen.
- Um Ihnen für das kommende Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, bleibt uns kurzfristig nur ein Weg der Ertragssteigerung – vorliegend in Form der Erhöhung der Grundsteuern A und B.
- Die Grundsteuererhöhung trifft und schmerzt uns alle. Aber wir müssen uns auch deutlich machen, dass alle Aufgaben –egal ob pflichtig oder freiwillig- uns etwas kosten ... wenn wir wollen, dass diese Aufgaben dem Standard entsprechend qualifiziert durchgeführt werden.
- Die näheren Einzelheiten wird Ihnen der Kämmerer und Erster Beigeordneter Herr Ritsche gleich in seiner Haushaltsrede erläutern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

- mit einem Haushaltsanteil von immerhin knapp $\frac{1}{4}$ der gesamten Aufwendungen nimmt der Personalbereich einen großen Part in unserem Haushalt ein. Daher ist der Rat geneigt, hier den Rotstift anzusetzen. Ich stimme Ihnen zu, dass wir auf diese Kosten genau hinschauen müssen. Daher werden bei jeder Stellenbesetzung jetzt schon alternative Möglichkeiten wie z.B. Änderungen von Stellenzuschnitten, Nutzung von Synergieeffekten, Neubewertung von Stellen geprüft, um das geplante Budget nicht überzustrapazieren.
- Andererseits muss ich aber vor weiteren Einschnitten im Personalbereich warnen. Diese würden unweigerlich einen Qualitäts- und Dienstleistungsverlust für die Bürgerinnen und Bürger und einen Verlust von angemessenen Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten. Nochmal, das wichtigste Kapital einer funktionierenden Verwaltung sind unser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Manche Bereiche sind inzwischen so ausgedünnt, dass Aufgaben nur noch bedingt wahrgenommen werden können oder auch Überlastungsanzeigen geschrieben werden. Handelt es sich hierbei um Bereiche, die für die Umsetzung von Förderprojekten oder den Abruf der Gelder verantwortlich sind, laufen wir unter Umständen Gefahr, Fördermittel zu verlieren.
- Fast alle Verwaltungen klagen derzeit über einen Fachkräftemangel. Kleine Kommunen wie Wülfrath stehen in diesem Wettbewerb fast auf verlorenem Posten. Das merken wir insbesondere bei den Erzieherinnen und Erziehern, der Flüchtlingsbetreuung, im Planungs- wie auch im technischen Bereich und sicherlich bald auch im ganzen Haus.
- Die Personalbindung und –gewinnung stellt daher die größte Herausforderung für uns dar. Wir müssen uns gegen die größeren umliegenden Kommunen und auch gegen die freie Wirtschaft behaupten. Hierbei haben wir im öffentlichen Dienst wenig Spielraum, durch finanzielle Anreize Fachkräfte anzuwerben oder zu binden.

- Folglich ist es umso wichtiger, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die notwendige Wertschätzung entgegen zu bringen. Uns allen, Verwaltungsleitung und Ihnen, sehr geehrte Ratsmitglieder, muss daran gelegen sein, unser Personal mit guter Motivation zu unterstützen, es zu fördern, auch zu fordern und zu einer positiven Personalentwicklung beizutragen.
- Der Personalhaushalt ist somit mit Augenmaß zu steuern und in den Diskussionen über Stellen und Eurobeträge dürfen die dahinterstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vergessen werden.
- Dazu gehören auch Maßnahmen für eine gesunde Mitarbeiterführung. Mein persönliches Anliegen ist es, bei der stetigen Aufgabenbelastung insbesondere die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beachten. *Es muss uns wert sein, für das Gesundheitsmanagement entsprechende Haushaltsmittel bereit zu stellen.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

- wie wichtig eine auskömmliche Personaldecke ist, zeigt sich auch im Bereich der Investitionen. Investitionen sind zur Erfüllung der pflichtigen Aufgaben und zum Erhalt unserer Vermögenswerte zwingend erforderlich.
- Unser Gold liegt im wahrsten Sinne des Wortes auf –und wenn ich an die Kanäle denke- auch unter der Straße. . Wir würden gerne viel mehr Projekte durchführen. Doch noch einmal: Zur Realisierung der investiven Maßnahmen brauchen wir beides: Finanzmittel und Personal.
- Der Kämmerer und Erste Beigeordnete Herr Ritsche wird Ihnen die einzelnen Investitionsmaßnahmen gleich näher erläutern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Herr Ritsche und sein Team haben wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet. Ich bedanke mich daher herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der übrigen Verwaltung für ihren Arbeits-einsatz, der in dem vor Ihnen liegenden Werk mündete. Mein persönli-cher Dank geht hierbei an unseren Kämmerer und Ersten Beigeordneten Herrn Ritsche.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

- Ich wünsche uns allen, dass wir die Gradwanderung zwischen der not-wendigen Aufgabenerfüllung und den damit verbundenen Kosten einer-seits und den Sparzwängen andererseits zum Wohl unserer Stadt meis-tern werden.
Ihnen, den Mitgliedern des Rates der Stadt Wülfrath wünsche ich bei den Haushaltsplanberatungen eine glückliche Hand, konstruktive Beratungen mit Augenmaß und jeden erdenklichen Erfolg.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!